

# ENTWURF

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT  
Landtag  
20. Wahlperiode

Drs. 20/  
6. September 2019

Antrag der Fraktion DIE LINKE

## **Umsatzsteuer auf Menstruationsprodukte und Verhütungsmittel absenken**

Die aktuelle Setzung von Umsatzsteuern, auch bekannt als Mehrwertsteuern, ist bei zahlreichen Produkten und Dienstleistungen willkürlich und häufig sozial ungerecht.

Frauen sind von dieser Ungerechtigkeit deutlich häufiger als Männer betroffen, denn obwohl sie im Schnitt 21% weniger Gehalt als Männer erhalten, müssen sie für viele dieser Produkte und Dienstleistungen mehr bezahlen, wie zum Beispiel für Rasierschaum oder Rasierklingen. Dieses Phänomen wird in der Fachliteratur als Gender-Pricing bezeichnet.

Eine besonders offensichtliche Ungerechtigkeit stellt die aktuelle Besteuerung von Menstruationsprodukten wie Tampons, Binden oder Menstruationstassen dar. Diese enthalten den generellen Mehrwertsteuersatz von 19% und gelten folglich nicht als Güter des täglichen Bedarfs. Während Produkte wie Gänseleber oder Hundekexse mit dem ermäßigten Satz von 7% besteuert werden, zahlen Frauen 19% auf Hygieneartikel, ohne die sie eine erhebliche Beeinträchtigung ihres Alltags erleiden würden. Für alle menstruierenden Menschen und insbesondere für die Geringverdiener\*innen und Sozialleistungsbezieher\*innen unter ihnen sind diese zusätzlichen Kosten als soziale Härte auf Grund physiologischer Eigenschaften zu verstehen. Diese Steuerpolitik ist weder zeitgemäß noch wünschenswert. Länder wie Kenia, Kanada, Portugal oder Frankreich haben bereits beschlossen, die höhere Steuer auf Menstruationsprodukte abzuschaffen. Es ist mehr als überfällig, dass die Bundesrepublik Deutschland nachzieht und in einem ersten Schritt die Umsatzsteuer auf Menstruationsartikel auf 7% absenkt.

Dringenden Handlungsbedarf besteht ebenfalls bei Verhütungsmitteln. Die Funktion von Verhütungsmitteln besteht nicht nur darin, die Ansteckung sexueller Krankheiten zu vermeiden, sondern auch ungewollte Schwangerschaften zu verhindern. Aus diesem Grund, wie im Fall der Menstruationsprodukte, werden Frauen durch den 19% Umsatzsteuersatz besonders belastet, und dies nicht nur finanziell. Ungewollte Schwangerschaften implizieren eine Reihe von lebensverändernden Folgen mit häufig dramatischen Auswirkungen. Hinzu kommt, dass weibliche Verhütung sich vor allem auf teurere Verhütungsmittel wie Antibabypillen und Spirale konzentriert und nicht nur auf kostengünstigere Mittel wie Kondome, die auch von Männern erworben werden können.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, eine Bundesratsinitiative anzustoßen, um den Umsatzsteuersatz bei Menstruationsprodukten und Verhütungsmitteln von 19% auf 7% abzusenken.

Maja Tegeler, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE